

Beschluss des Bezirksparteitages der CDU Ostfriesland am 4. November 2023 in Leer

# Energie aus Ostfriesland

## Für eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung

Private Haushalte und Unternehmen leiden, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, unter hohen Energiekosten. Schon zuvor waren die hohen staatlichen Abgaben, die vor allem auf die Stromkosten erhoben wurden, ein wesentlicher Kostentreiber. Durch die Verknappung der Energiemenge hat es noch einmal einen erheblichen Kostenschub gegeben. Die hohen Energiepreise belasten zudem die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Branchen unserer Wirtschaft erheblich: Die Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Papierindustrie, die Zementindustrie, die Glasindustrie, aber auch mittelständische Gewerbe sowie das Handwerk, wie beispielsweise die Bäckereien, und viele andere. Die Energiepreise sind auch Inflationstreiber, direkt und über höhere Beschaffungskosten auch indirekt.

Deutschland braucht in dieser Lage endlich eine Strategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung auch im Prozess ihrer Transformation zur Klimaneutralität. Ostfriesland kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die CDU Ostfrieslands setzt sich für ein umfassendes und realistisches Konzept ein, das auf die richtigen Instrumente, Anreize und Strukturen setzt. Deutschland muss auch für die energieintensive Industrie ein attraktiver Standort bleiben. Um ihnen eine verlässliche Perspektive für die Zukunft zu eröffnen und ihre Transformation zum Erfolg zu führen, fordern wir die schnellstmögliche Einführung eines Brückenstrompreises für energieintensive Unternehmen. Der unwiederbringliche Verlust von Unternehmen und Arbeitsplätzen muss unbedingt verhindert werden. Er ist aber keine Lösung des eigentlichen Problems, sondern bekämpft nur ein Symptom der Energiemengenverknappung.

Es bedarf daher gleichzeitig darüber hinausgehender gezielter finanzieller Entlastungen und Unterstützungen und vor allem eines Maßnahmenpakets, um das Energieangebot auszuweiten, Investitionssicherheit für Erneuerbare Energien und für Brückentechnologien zu schaffen sowie für ein Gesamtkonzept für die Energieversorgungsinfrastruktur (Stichworte: Hafen-Infrastruktur, Kavernenspeicher, Um- und Ausbau der Versorgungsnetze), den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft mit grünem und zunächst auch blauem Wasserstoff, die Nutzung heimischer Energieressourcen und die CO<sub>2</sub>-Speicherung. Dies bleiben Bundes- und Landesregierung bisher schuldig.

Die ostfriesische Halbinsel bietet entlang der Küstenlinie durch die Häfen, die Salzkavernen und die vorhandenen Leitungsnetze viel Potential für mehr und bezahlbare Erneuerbare

Energie im System. Hier kann deutlich mehr Windenergie – offshore wie onshore – gewonnen und damit die zur Verfügung stehende Energiemenge erhöht werden. Mit den Kavernenanlagen im Rheiderland, in Leer und in Etzel sowie einem hervorragend ausgebauten Gas-transport – und Verteilnetz sind hier in Europa fast einmalige Voraussetzungen gegeben, um Wasserstoff zu erzeugen, zu speichern, zu transportieren und lokal zu nutzen. Die Basis für eine ostfriesische Wasserstoffwirtschaft ist also vorhanden. Der Emdener Hafen mit seinem Hinterland und die Industrie- und Gewerbegebiete in Ostfriesland bieten vielfältige Möglichkeiten für den Umschlag von Windenergieanlagen, Elektroautos und von flüssigen Energieträgern wie Methanol, Ammoniak aber auch von E-Fuels, für die Ansiedlung der Produktion von Komponenten für den Bau von E-Autos bis hin zur Lithium-Raffinerie und Batteriezellfertigung und für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe und energieintensiver Branchen – wenn die dafür notwendige Infrastruktur zügig und vorausschauend bereitgestellt wird.

Um das Potential Ostfrieslands zu einer versorgungssicheren und bezahlbaren Energieversorgung zu nutzen, müssen die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Es bedarf einer Gesamtstrategie, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien, den Ausbau der Netze und Hafen-Infrastruktur, den Im- und Export von Energie, den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft, die auch kurz- und mittelfristige Erhöhung der Energiemenge, die Beschleunigung und Verschlinkung von Genehmigungsverfahren sowie die Entlastung der Wirtschaft von Steuern und Abgaben umfasst. Die CDU Ostfriesland fordert daher:

... für den verträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien:

- den Ausbau von Photovoltaik und Windkraft auf der ostfriesischen Halbinsel im Einklang mit der Wettbewerbsfähigkeit der Energiegewinnung und der lokalen Akzeptanz voranzutreiben, dabei konfliktarme Lösungen mit der Wohnbevölkerung und der Landwirtschaft zu ermöglichen und zu suchen (Stichworte Abstandsregelungen und Flächenverbrauch). Dabei dürfen Natur- und Umweltschutz nicht als Bremse des Ausbaus eingesetzt werden. Klimaschutz ist Natur- und letztlich auch Artenschutz.
- den Kommunen ausreichend Flexibilität bei der Nutzung der sog. Akzeptanzabgabe für Windenergieanlagen zu belassen.
- Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger sinnvoller zu gestalten, als durch die Landesregierung geplant. Sie dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Projekte nicht beeinträchtigen. Zudem sind Beteiligungsmöglichkeiten nur denjenigen vorbehalten, die über hinreichend liquide finanzielle Mittel verfügen, also nicht dem Großteil der Bevölkerung, sondern nur einer bevorteilten Minderheit. Besser wäre es, die Akzeptanzabgabe deutlich zu erhöhen und die Gemeinden das Geld allgemeinnützlich verwenden zu lassen. Dieses würde die Solar- und Windenergiebranche von unnötigem bürokratischem Aufwand befreien, die Kommunen finanziell stärken und eine gerechte Beteiligung aller Bürger ermöglichen.

- zusätzlich auch die Potentiale von Wasserkraft, Bioenergie, Solarthermie und Geothermie in den jeweiligen Sektoren zu nutzen.
- den Gasbedarf auch verstärkt aus dem grundlastfähigen Biogas zu decken und dafür den Zugang zum Gasnetz zu vereinfachen sowie bürokratische Hürden für den Betrieb von Biogasanlagen abzubauen.
- den Aufbau von durch Biogasanlagen gespeiste Nahwärmenetze gezielt zu fördern.
- in Ostfriesland weitere anwendungsorientierte Forschungsvorhaben auf den Weg zu bringen, die der Erforschung und Weiterentwicklung der verschiedenen Technologien der Agri-Photovoltaik und der Freiflächen-Photovoltaik um offene technische, ökologische, ökonomische, fördertechnischer und rechtliche Fragestellungen zu beantworten und dabei auch die Verbindung von Biodiversität und Freiflächen-PV in den Blick zu nehmen.
- auf nationaler wie europäischer Ebene bestehende rechtliche Hindernisse für die Realisierung von Agri-Photovoltaikanlagen zu beseitigen und darüber hinaus die EU-Marktverordnung für Eier zu ändern, um das Doppelnutzungsverbot für Auslaufhaltungen von Legehennen zu beenden und die gleichzeitige Nutzung von Photovoltaik zu ermöglichen.
- verlängerte Zeiträume für den Nachweis der Doppelnutzung der Flächen, für die Betreiber von Agri-Photovoltaikanlagen zu ermöglichen.
- die Installation und Nutzung von Agri-Photovoltaikanlagen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als Zweitnutzung zu ermöglichen.
- das Wasserhaushaltsgesetz zu ändern, damit Gewässer, die durch die Gewinnung von Rohstoffen entstanden sind oder neu entstehen (Baggerseen), umfassend für die Installation von Floating-PV-Anlagen genutzt werden können, sowie weitere rechtliche Hindernisse zum naturverträglichen Ausbau von Floating-PV auszuräumen.
- die Kommunen vor Ort durch eine bessere, gestärkte kommunale Beteiligung besser von den Möglichkeiten der erneuerbaren Stromerzeugung profitieren zu lassen.

... für mehr Wertschöpfung durch den und im Emdener Hafen:

- den Emdener Hafen zu einer Energie-Drehscheibe für den Im- und Export von Energie weiterzuentwickeln.
- am Emdener Hafen alle zur Verfügung stehenden Industrieflächen am Larrelter Polder und am Rysumer Nacken zeitnah zu erschließen, um Industrie- und Gewerbeflächen insbesondere für die Ansiedlung innovativer Unternehmen und für den Umschlag von Windenergieanlagen-Komponenten zu bevorraten.

- die Außenemsvertiefung schnellstmöglich umzusetzen, um den Umschlag von E-Autos über den Emdener Hafen (mehr Gewicht, daher größerer Tiefgang der Transporter) sicherzustellen.
- den Bau eines neuen Großschiffsliegeplatzes im Rahmen des Masterplan Ems zu realisieren.
- eine zusätzliche Milliarde Euro des Bundes (beispielsweise aus den Erlösen der Versteigerung der Offshore-Flächen) für den Hafenaus- und Umbau in Deutschland, sowie eine Drittel Milliarde Euro, finanziert vom Land und ergänzt durch Investitionsmittel der Wirtschaft, für den Um- und Ausbau unsere Niedersächsischen Häfen zu den Energie-Drehscheiben der Zukunft.

... für den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft:

- neben dem Wasserstoff-Kernnetz parallel auch ein Wasserstoff-Regionalnetz in Ostfriesland auszubauen, um auch regional eine Wasserstoffwirtschaft aufbauen und versorgen zu können.
- die Genehmigung der IPCEI-Wasserstoffprojekte wie Clean-Hydrogen-Coastline in Ostfriesland schnellstmöglich durch die EU-Kommission zu erteilen.
- das EEZ in Aurich zu einem Wasserstoff-Kompetenz-HUB auszubauen, an dem sich Unternehmen, Behörden und Hochschulen zusammenschließen, um Kompetenzen in diesen Regionen zu bündeln und zu institutionalisieren. Denn zwischen Emden, Leer, Aurich, Etzel und Wilhelmshaven wird Pionierarbeit für die Wasserstoffwirtschaft geleistet, welche Bedeutung für Deutschland und Europa hat.
- für den schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft auch die Nutzung von blauem Wasserstoff, also aus Erdgas erzeugter Wasserstoff, zuzulassen.
- die CCS- und CCU-Technologie, also das Abscheiden und Speichern oder wirtschaftliche Nutzen von Kohlendioxid zu erlauben sowie zu prüfen, ob Speichermöglichkeiten in der Nordsee bestehen und die Umsetzung über den Emdener Hafen möglich ist.
- die rechtlichen Voraussetzungen für einen beschleunigten Aus- und Umbau der Kavernenkapazitäten für die Wasserstoffspeicherung zu schaffen.
- die geplante Wasserstoffpipeline aus Norwegen auf einer der Bestandstrassen der Norpipe oder der Europipe I und II –Gasleitungen nach Ostfriesland zu verlegen, um den Eingriff in das Wattenmeer zu minimieren und vor allem die vorhandene Speicher-Infrastruktur optimal nutzen zu können.

... für den notwendigen Umbau der Energienetze:

- die Anbindung des Flüssiggas-Terminals Wilhelmshaven an den Speicher Etzel auf der SEAL-Trasse in der Planung zu beschleunigen, Fragen der Risikoübernahme zu klären und die Realisierung bis spätestens Ende 2027 sicherzustellen.

- neben der Priorisierung und Beschleunigung des Netzaus- und -umbaus für den Transport der Erneuerbaren Energien, damit zusätzlich gewonnene Energie auch transportiert werden kann, auch die lokale Nutzung einfacher ermöglichen.
- zu prüfen, ob eine Akzeptanzabgabe (wie bei der Windenergie) auch für den Ausbau der Stromnetze zu einer Beschleunigung beitragen kann.
- die datenschutzrechtlichen und regulatorischen Hürden zum Einsatz der Smart-Grid-Technologie zu streichen und die Technologie schnellstmöglich in den Niederspannungsnetzen zum Einsatz zu bringen.
- den Bau von sog. DC-Schaltanlagen in der Region, damit aus den jetzt gebauten Gleichstrom-Höchstspannungsnetzen (Stromautobahnen) auch lokal Gleichstrom insbesondere industriell genutzt werden kann, u.a. für die Wasserstoffproduktion.

... für die Beschleunigung und Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren:

- Planfeststellungsbeschlüsse für Energietrassen von nationaler oder europäischer Bedeutung per Gesetz zu fassen (Vorbild: Infrastrukturausbau nach der Deutschen Einheit).
- ein Planungsmodernisierungsgesetz, welches Genehmigungsverfahren, auch auf kommunaler Ebene, durch Digitalisierung und geringere Anforderungen deutlich verkürzen und den Schutz von Know-how sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleistet.
- den umgehenden Beschluss und die Umsetzung des Bund-Länder-Paktes zur Verfahrensbeschleunigung.

... für die Entlastung von Investitionen in die Transformation der Energieversorgung von Steuern und Abgaben:

- für den gesamten Küstenraum eine „Sonderwirtschaftszone Wasserstoff und Erneuerbare Energie“ einzurichten, innerhalb derer Investitionen in die Gewinnung, industrielle Verarbeitung vor Ort und Verteilung dieser Energien für 20 Jahre von allen Steuern und Abgaben befreit werden.
- das Instrument der Direkt Power Purchase Agreement (direkte „Stromkaufvereinbarung“ zwischen zwei Parteien), kurz PPA, gesetzlich in den Strommarkt zu implementieren und zu fördern, um Marktpreisrisiken für Investoren zu reduzieren.
- Vereinfachung bei den Steuern, Umlagen und Abgaben im Hinblick auf Sektorenkopplung und den Verbrauch von Akteuren vor Ort.
- die Einführung von Superabschreibungen auf Investitionen in Anlagen zur Gewinnung Erneuerbarer Energien und zur Reduzierung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes.

- einfache Investitionsprämien für Investitionen, die unmittelbar der Transformation der Energiewirtschaft oder der Versorgung von Produktionsstätten mit Erneuerbaren Energien zuzurechnen sind.

... für die Entlastung der Energiekosten von Steuern und Abgaben:

- die Netzentgelte zu halbieren. Der Aus- und Umbau der Netz-Infrastruktur muss im Gegenzug steuerfinanziert erfolgen.
- die Steuern auf Strom spürbar zu senken (Stromsteuer auf europäisches Minimum von 0,05 Cent pro kWh, ermäßigter Satz bei der Umsatzsteuer).
- ein durchgerechnetes Konzept für einen zeitlich begrenzten, auch für den industriellen Mittelstand wirksamen, Brückenstrompreis, der die durch Energieverknappung ausgelöste Hochpreisphase überbrückt.

Ostfriesland muss auch in Zukunft eine Region mit produzierender Industrie, Gewerbe und Handwerk bleiben, vom großen Industrieunternehmen bis zum eigentümergeführten Mittelstand. Dafür ist eine Grundvoraussetzung, dass die Energieversorgung versorgungssicher und preislich konkurrenzfähig ist. Die aktuelle Versorgungslücke, die maßgeblich die hohen Energiepreise verursacht, muss geschlossen werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kann und wird dazu mittelfristig, neben dem Import von Energie, einen wichtigen Beitrag leisten. Bis dies gewährleistet ist und zur Stabilisierung der Netze, sind Maßnahmen erforderlich, um die zur Verfügung stehende Energiemenge zu erhöhen. Wir sprechen uns daher dafür aus, auch kurz- und mittelfristige Maßnahmen auf der Energie-Angebotsseite zu ergreifen. Dazu gehören insbesondere der Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke als Regelkraftwerke unter Nutzung eigener Gas-Ressourcen, perspektivisch grüner Wasserstoff und die temporäre Wiederinbetriebnahme der drei in diesem Jahr stillgelegten Kernkraftwerke.

Unsere Unternehmen benötigen zudem Freiräume und insgesamt niedrigere Steuern und Abgaben. Eine Strategie der konsequenten Entbürokratisierung und Entlastung muss den Standort Deutschland insgesamt wieder wettbewerbsfähig machen. Staatliche Hilfen können, wenn überhaupt, eine solche Strategie nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Entsprechende Förderregime sollten deutlich pragmatischer und unbürokratischer ausgestaltet werden als heute – siehe IRA in den USA.